

Der Freisinn

FDP

Nr. 3
März 1990
12. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Zeitschriften
Sägereistrasse 30, 8152 Glattbrugg
Telefon (01) 809 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Kernkraft könnte zerstörerischen Treibhauseffekt aufhalten

Energie als Umweltproblem

Das Prinzip der Atomenergie bleibt ein umstrittenes Traktandum der eidgenössischen Politik. Zwar hat der Nationalrat in seiner ausserordentlichen Februarsession die beiden hängigen Volksbegehren mit deutlichen Mehrheiten zur Verwerfung empfohlen. Aber der Ausgang des kommenden Urnengangs muss nach wie vor als ungewiss gelten.

An sich belastet jede Art der Energiegewinnung die Umwelt; in landschaftlicher Beziehung trifft dies auch für die Wasserkraft zu. Doch ist es heute zu einer Binsenwahrheit geworden, dass von der Nutzung fossiler Brennstoffe – Erdöl, Kohle, auch Erdgas und Holz – wegen der klimaschädigenden CO₂-Emissionen besonders gefährliche Wirkungen ausgehen.

Diese Emissionen bedrohen infolge des «Treibhauseffekts» die Überlebenschancen kommender Generationen. Das leugnen die absoluten Gegner der Kernkraft freilich nicht, aber sie argumentieren, das Problem lasse sich meistern, wenn man nur das Gebot des Energiesparens ernst genug nehme. Indessen ist der Nachweis dafür, dass eine drastische Drosselung des Energieverbrauchs ohne empfindliche Wohlstandseinbussen möglich ist, noch nie gelungen.

Man braucht deswegen die gesellschaftlichen Motive derer, die

einem wachsenden Energieverbrauch mit Skrupeln begegnen, gewiss nicht geringzuschätzen. Es gibt sicherlich Übersteigerungen des materialistischen Denkens, und sie machen bisweilen Technik, Industrie und Wirtschaft zu Feindbildern schlechthin. Aber auch die Kritiker operieren von einer satten Konsumgesellschaft aus.

«Man ist für ein Moratorium im Kernkraftwerkbau, aber niemand spricht von einem Moratorium im Stromkonsum», hat dazu Michael Kohn, gelegentlich als «Energiepapst» apostrophiert, zu bedenken gegeben («NZZ» vom 31. 1. 1990), und weiter: «Man ist für das Produkt und ist gegen die Produktion.»

Grenzen

So oder anders sind die Erhaltung des Wohlstands in den Industriestaaten und erst recht dessen För-

derung in den Entwicklungsländern nicht ohne Energie zu bewerkstelligen, nämlich nicht ohne jene Energiemengen, die auch nach konsequentem Sparen erforderlich bleiben. Die Grenzen des Verbrauchs und die Grenzen des Sparens fliessen zusammen, und sie lassen sich nicht sinnvoll dadurch verschieben, dass künftige inländische Bedarfslücken einfach durch importierte (Atom-) Energie gedeckt werden.

Wie illusionär im übrigen die Erwartung einer Stabilisierung oder gar einer Rückbildung des globalen Energieverbrauchs ist, hat eine neue Studie der Internationalen Energieagentur (einer Einrichtung der OECD in Paris) aufgezeigt. Sie schätzte die Zunahme des weltweiten Bedarfs bis zum Jahr 2005 auf fünfzig Prozent (verglichen mit dem tatsächlichen Konsum von 1987), dies bei einem rückläufigen Anteil der Industrieländer, aber bei einer um so gewichtigeren relativen Zunahme in der Dritten Welt.

Hier wie dort sei aber im Fall unveränderter Strukturen der Primärenergiequellen mit beträchtlichen Steigerungen des CO₂-Ausstosses zu rechnen. Eine Kernfolgerung lautet danach, jedenfalls im OECD-Gebiet (Industriestaaten) könnten durch einen massiven Ausbau der Kernenergieerzeugung auf siebzig Prozent der gesamten Stromproduktion die Treibhausgasemissionen wenigstens auf dem gegenwärtigen Niveau stabilisiert werden.



FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger: «Was wird letztlich durch den Staatsschutz geschützt? Doch nichts anderes als die freiheitliche Grundordnung und die verfassungsmässigen Organe vor ungesetzlichen Beeinträchtigungen.» (Photo unti)

FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger zur Fichenaffäre

Für einen Staatsschutz, der die Demokratie schützt

Die Personenkarteien und -dossiers, die in den letzten Wochen in verschiedenen Departementen gefunden wurden, sind das innenpolitische Thema Nummer eins. Politisch spitzt sich der Streit nun in der Frage zu, ob es für den Staatsschutz die Bundespolizei (Bupo) weiterhin brauche. FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger ist dieser Meinung und findet, dass es statt Staatsschutz besser Demokratieschutz heissen müsste.

Gegenwärtig sind der Staatsschutz und der Kampf gegen das organisierte Verbrechen in Frage gestellt. Als Folge der sogenannten Fichenaffäre liefern ausländische Nachrichtendienste keine Informationen mehr. Die Genfer Polizei trat damit an die Öffentlichkeit und wies auf die weitreichenden Auswirkungen dieser Tatsache hin. Kann der Staat vor terroristischen Angriffen nicht weitreichend geschützt werden, so kann Genf, so kann die Schweiz ihre traditionelle Rolle als Gastgeberin für internationale Organisationen und Vermittlerin in internationalen Konflikten nicht mehr wahrnehmen.

Was wird geschützt?

Statt Staatsschutz müsste es allerdings besser Demokratieschutz heissen. Denn was wird letztlich geschützt? Doch nichts anderes als die freiheitliche Grundordnung und die verfassungsmässigen Organe vor ungesetzlichen Beeinträchtigungen. Beim Staats- oder eben Demokratieschutz geht es eindeutig nicht um den Schutz der gegenwärtigen politischen Machtverhältnisse. Demokratische Änderungen dieser Verhältnisse müssen für den Staatsschutz tabu sein, mehr noch, der Staatsschutz hat die Bedingungen dafür zu schützen.

Fortsetzung auf Seite 5



Reichbefrachtete Delegiertenversammlung

Über sechs Vorlagen hatten die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung am 17. Februar 1990 in Bern zu diskutieren und die Parolen zu fassen: Deutlich wurden alle vier Verkehrsvorlagen abgelehnt, während dem Rebaubeschluss und der Änderung des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege zugestimmt wurde. Aufsehen erregten aber vor allem die Ansprachen von Bundesrat Kaspar Villiger und Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger zum Thema Fichenaffäre und Staatsschutz. Mehr darüber und über die Abstimmungsvorlagen lesen Sie im vorliegenden «Freisinn». (Photo rut)

Abstimmungsparolen

für die eidgenössische Volksabstimmung vom 1. April 1990

Initiative «Stopp dem Beton – für eine Begrenzung des Strassenbaus!»

NEIN

Kleeblatt-Initiativen

3xNEIN

Bundesbeschluss über den Rebbau (Referendum)

JA

Änderung des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege (Referendum)

JA



FDP-Nationalrat Ernst Mühleemann, hier mit Bundesrat Adolf Ogi im Gespräch, ist immer ein sowohl anregender als auch interessierter Diskussionspartner. (Photo ruti)

Grenzen und Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit mit Osteuropa

Unterstützung des Reformprozesses

Als am 6. Januar 1985 der neuernannte französische EG-Kommissionspräsident Jacques Delors den Aufbau eines westeuropäischen Binnenmarktes im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bis Ende 1992 als möglich und wünschenswert darstellte, begann eine Neuorientierung in Europa, die weit über wirtschaftliche Dimensionen hinauswuchs. FDP-Nationalrat Ernst Mühleemann analysiert:

Westeuropa steht im Begriffe, den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit vereinigten Kräften erfolgreicher Nationen aufzubauen und aus den zwölf EG-Staaten, den sechs EFTA-Ländern und dem ehemals kommunistischen Osteuropa einen kontinentalen Staatenbund zu entwickeln. Diese westliche Vision ist geographisch deckungsgleich mit der östlichen Vorstellung vom «Europäischen Haus» und verlangt ausser der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die gemeinsame Lösung sicherheitspolitischer, verkehrsstrategischer, energietechnischer und ökologischer Probleme.

Gegenüber Osteuropa könnte sich der Westen jetzt als Sieger fühlen, denn die Niederlage sozialistischer Ausbeutung, marxistischer Gleichschaltung und planwirtschaftlicher Bürokratie ist offensichtlich. Es wäre allerdings verhängnisvoll, wenn man angesichts des osteuropäischen Trümmerhaufens nur dem «Sacro egoismo» frönen würde. Die Überlegenheit der Ideen von persönlicher Freiheit, demokratischer Staatsform und sozialer Marktwirtschaft ist eindeutig und verpflichtet zu weltweiter Verbreitung. Die westlichen Bündnispartner dürfen deshalb nicht nur eine eigennützige Abrüstungspolitik betreiben, sondern müssen in offensiver Weise die Entwicklungszusammenarbeit mit Osteuropa suchen. Der beste Garant für einen dauerhaften europäischen Frieden bildet ein stabiler Riegel demokratischer Staaten zwischen Berlin und Moskau.

Hilfsprogramm

Auch die Schweiz hat mit ihrer über Jahrhunderte bewährten ausserpolitischen Formel «Bewaffnete

Neutralität und Solidarität» ein unmittelbares Interesse an einem kontrollierten Wandel zu mehr persönlicher, politischer und wirtschaftlicher Freiheit in Osteuropa. Sie bietet im militärischen Abrüstungsprozess ihre Guten Dienste als neutrale Vermittlerin an und versucht mit ihrer defensiven Verteidigungsdoktrin, mögliche Endlösungen in der sicherheitspolitischen Entwicklung aufzuzeigen.

Im weiteren kennt die Schweiz die heimlichen Vorwürfe, dass sie aus der schlaun Neutralitätspolitik nur eigennützigen Profit heraushole und wenig solidarische Welt-offenheit zeige. Aus diesen Gründen legte der schweizerische Bundesrat ein umfangreiches Hilfsprogramm für eine verstärkte Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten vor, welches auf humanitärer, kultureller, ökonomischer und ökologischer Unterstützung basiert.

Ausschlaggebend für die konkrete Durchführung der geplanten Massnahmen ist allerdings der Wille demokratisch gewählter Regierungen, die geplanten Reformen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zügig an die Hand zu nehmen. Hier bietet sich vor allem in Ungarn die grösste Chance, wenn nach den Wahlen vom 25. März 1990 eine geschickt zusammengesetzte Koalitionsregierung nicht nur die Informationsstufe Glasnost, sondern hauptsächlich die Mitwirkungsstufe Perestroika einführen könnte. Es ist zu hoffen, dass die DDR, Polen und die Tschechoslowakei ähnliche Wege gehen und dadurch glaubwürdige Partner für eine fruchtbare Entwicklungszusammenarbeit werden. Unsicherer erscheint die Lage in Bulgarien und Rumänien, wo offensichtliche politische Vakuum-situationen der Bewältigung harren.

Von besonderer Bedeutung ist die geistige Hilfe an die neu entstehenden Demokratien, die politische Kultur nur vom Hörensagen kennen. Im Zentrum westlicher Hilfe sollten demokratische Parteien stehen, welche sich in einem mühseligen Aufbauprozess auf Wahlkämpfe mit Vertretern des bisherigen Staatsapparates vorbereiten müssen. Diesen jungen politischen Gruppierungen fehlen führende Kader, da viele oppositionelle Persönlichkeiten liquidiert wurden oder ins ausländische Exil gingen. Es mangelt aber auch an politischer Erfahrung mit demokratischen Strukturen und sogar an

elementarster technischer Infrastruktur. Die Hilfsaktionen schweizerischer Parteien und der angebotene Erfahrungsaustausch des eidgenössischen Parlaments bilden hier erste erfolgversprechende Ansätze.

Direkte Kontakte

Das Gelingen des gesamten Reformprozesses in den osteuropäischen Staaten wird entscheidend von der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern abhängen. Zweifellos gibt es keinen mittleren Weg zwischen Markt- und Planwirtschaft, auch wenn in der Sowjetunion immer noch solche Kompromisslösungen gesucht werden. Die Wirtschaft gedeiht dort am besten, wo Wettbewerb besteht und risikofreudiger Unternehmerteil an die Stelle des Dienstes nach Vorschrift von Funkt-ionären tritt.

Diese Aufbauarbeit bedarf wirksamen Investitionskapitals und qualifizierten Personals in einer Restrukturierungsphase, die auch unvermeidbare soziale Härten mit sich bringt. Einseitige Finanzierungen in Form von direktem Kapital-zufluss bieten hier keine Lösungsmöglichkeiten, da diese Hilfe kaum zur Selbsthilfe führt. Die allerwirksamste Methode besteht in der Vermittlung direkter Kontakte zwischen westlichen und östlichen Unternehmen, die in eine Zusammenarbeit mündet, welche beiden Parteien dient.

In den Staaten Osteuropas muss dazu das geeignete ökonomische Umfeld geschaffen werden, damit westliche Firmen materielle Anreize und rechtssichere Verhältnisse vorfinden. Im Gegenzug sollten den osteuropäischen Partnern unternehmerische Kenntnisse und technisches Wissen vermittelt werden. Die vorbildlichste Pionier-

arbeit leistet bis jetzt der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth mit seinen wirtschaftlichen Kontaktzentren in Budapest und Dresden.

Umweltschutz

Die katastrophale Gefährdung und Zerstörung von Natur und Umwelt als Folge rücksichtsloser Planwirtschaft verlangt rasche Abhilfemassnahmen zur Reduzierung und Verhinderung von Schäden an den Ökosystemen. Hier ist eine Zusammenarbeit im Bereiche von Luftverschmutzung, Abwasserreinigung, Abfallentsorgung und Bodenschutz dringend notwendig. Es geht nicht nur um den Transfer von Überwachungssystemen und Beobachtungsnetzen, sondern vor allem um therapeutische Massnahmen auf dem Gebiete der technischen Ökologie. Da es sich um eine komplexe Materie handelt, ist eine enge Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft angezeigt. Die Schweiz besitzt weitentwickelte Kenntnisse, so dass die geplanten Pilotprojekte Umwelttechnologie und Betriebsschutz von besonderer Bedeutung sind.

Für die zukünftige Entwicklung in Europa ist der erhöhte innen- und aussenpolitische Spielraum der osteuropäischen Staaten von grosser Bedeutung. Der Zwang zum Sozialismus scheint heute ersetzt durch die freie Wahl zur Demokratie. Diese Entwicklung verringert das Konfliktpotential und lässt an die Stelle der Konfrontation die Kooperation treten. Die Reformentwicklung muss vor allem durch die befreiten Staaten vorangetrieben werden, doch kann eine sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit mit dem Westen den gesamten Öffnungsprozess beschleunigen.

Zwischenbilanz der Legislaturplanung 1987 bis 1991

Halbzeit im Bunde

«Qualitatives Wachstum» heisst die Leitlinie für die Legislaturplanung 1987 bis 1991. Was haben wir, nachdem zur zweiten Halbzeit bereits angepiffen wurde, bis zur Stunde erreicht? FDP-Ständerat Ernst Rüesch (SG) bilanziert.

Der Bundesrat hat fast die Hälfte der für die erste Halbzeit versprochenen Vorlagen dem Parlament noch nicht unterbreitet. Er ist also gewaltig im Verzug. Das Parlament hätte die fehlenden Vorlagen aber auch nicht schlucken können; es ist selbst arg im Rückstand. Trotzdem feiert die Redefreudigkeit neue Orgien, und das Meer der persönlichen Vorstösse ist weiterhin uferlos.

Dabei sind nicht einmal die grossen Geschäfte der letzten Legislaturperiode fertig bearbeitet. Steuerharmonisierung, Aktienrechtsreform und Gewässerschutz liegen immer noch in der Differenzbereinigung. Einige grössere Vorlagen konnten wenigstens im Erstrat behandelt werden, so das Radio- und Fernsehgesetz, die Auf-

gabenteilung Bund - Kantone und das neue ETH-Gesetz. Der neue Energieartikel ist abstimmungsreif. Die Arbeiten für die neue Finanzordnung sind mit dem Entscheid des Ständerates bei der Stempelsteuer angelauten. In Sachen 10. AHV-Revision, Reform des BVG und Neat werden die Vorlagen demnächst erscheinen.

Kette neuer Initiativen

Allzuviel Zeit benötigt das Parlament mit der Behandlung der vielen Volksinitiativen. Die Stadt-Land-, die Kleinbauern- und die Armeeabschaffungsinitiative haben in der ersten Halbzeit zuviel politische Kraft verbraucht. Die beiden Initiativen gegen die Kernenergie werden 1990 nicht weniger Aufwand erfordern. Dazu kommt der



FDP-Ständerat Ernst Rüesch: «Die Demokratie läuft Gefahr, über die Mediokratie zur Emotokratie zu werden.» (Foto ruti)

Abstimmungskampf über die Anti-Strassenbau-Initiativen.

Die Kette neuer Initiativen reiss nicht ab. So wird das Parlament immer mehr zum Initiativenbehandlungsorgan, und der Parlamentarier verbraucht seine Zeit immer mehr als Wanderprediger in Abstimmungskämpfen. Dabei sollten wir Zeit haben, um uns gründlich mit EG und Europäischem Wirtschaftsraum und andern grossen staatspolitischen Problemen auseinanderzusetzen.

«Emotokratie»

Die Betriebsamkeit des Parlamentes in oft nebensächlichen Einzelfällen hat ihre Gründe. Unsere Demokratie wird immer mehr zur Betroffenheitsdemokratie. Der Einzelne reagiert nur noch, wenn er betroffen ist. Dann muss der Entscheid aber in seinem Sinne fallen. Sonst akzeptiert er ihn nicht. Jeder Betroffene findet im Parlament seinen Fürsprecher, und je medienwirksamer der Einzelfall ist, desto gewaltiger wird er aufgebläht. Dabei spielen Emotionen eine grosse Rolle. Die Demokratie läuft Gefahr, über die Mediokratie zur Emotokratie zu werden.

Emotionale Schlagworte gehören heute zum politischen Stil. Seit dem Fall Kopp ist das Schlagwort «Filz» ein politischer Kassenschlager. Mit «Filz» meint man die Verflechtung von Wirtschaft, Politik und Militär. Die politischen Säubermacher des Staates möchten «Verwaltungsräte» aus dem Parlament entfernen. Es sei die Frage gestattet, was mit den Landwirten, selbständigen Gewerblern und den Gewerkschaftsvertretern geschehen soll. Auch diese vertreten hoffentlich ihre Anliegen im Parlament.

Ein anderes emotionales Schlagwort heisst «Kalter Krieger». Es ist begreiflich, dass jene Vertreter der Linken, welche auf ihren Reisen in den Osten vor kurzem vom «Leistungsausweis» des Herrn Honecker noch «beeindruckt» waren, nun kalte Füsse bekommen. Um vom eigenen Debakel abzulenken, beschimpft man diejenigen, welche gegen dieses unmenschliche System geistigen Widerstand geleistet haben, nun als «Kalte Krieger».

Individualismus

Für emotionale Schlagworte ist man um so empfänglicher, je schlechter man informiert ist. In diesem Zusammenhang sind die neuesten Umfragen über die Einstellungen in unserer Bevölkerung beunruhigend. Eine neueste Univox-Umfrage wurde unter dem Titel «Weiter ins Séparé» kommentiert. Die Schweizer Bevölkerung bewege sich weiter in eine individualistische Gesellschaft der «Ohne-mich-Haltung», wenn man nicht gerade persönlich betroffen sei. Eine weitere Studie kommt zum Schluss, die Mehrheit der 20- bis 30jährigen und 40% der Gesamtbevölkerung fröne heute einer Weltanschauung, die einzig auf den persönlichen Lebensgenuss, ohne Verantwortungsgefühl für das Ganze, ausgerichtet sei.

Einer liberalen Partei käme der Trend zum Individualismus eigentlich entgegen. Das Problem liegt aber darin, dass die Liberalen niemals «Freiheit von allem» propagiert haben, sondern stets «Freiheit in Verantwortung». Der emotionale wie auch erfolgreiche Slogan: «Weniger Staat, mehr Freiheit» wurde richtigerweise bald durch den Nachsatz «Mehr Selbstverantwortung» ergänzt.

«Mehr Selbstverantwortung» Zu diesem Nachsatz stehen wir weiterhin. Für eine liberale Partei geht es heute um die Frage, wie der Grundgedanke der optimalen, persönlichen Freiheit in der Verantwortung für Mensch und Umwelt plausibel dargestellt werden kann. Dabei ist es richtig, alte und neue Vorlagen am Grundsatz des «Qualitativen Wachstums» zu messen. In jedem einzelnen Falle müssen wir prüfen: Bringt der Vorschlag mehr Qualität, bringt er Verbesserungen oder nur mehr Aufwand?

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Wir planen, bauen, sätieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Stellungnahmen zu den Fichenfunden

Schweiz in der Krise?

«Staatskrise» titelte unlängst eine grosse Schweizer Zeitung, die auch am Sonntag erscheint. Haben die Fichenfunde tatsächlich eine solche ausgelöst, oder ist die Schlagzeile unverhältnismässig? Zum Thema «Staatschutz», den man wohl besser als Demokratieschutz benennen würde, wurden dem «Freisinn» zwei Beiträge zugesandt, welche die Diskussion auch in der Parteizeitung eröffnen.

Freisinn und «Staatskrise»

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass ein Grossangriff auf die bestehende Eidgenossenschaft im Gange ist. Die Linke und die weitgehend von ihr beherrschten elektronischen Medien samt der Ringier-Presse und die mit ihr wetteifernden unabhängigen Zeitungen haben eine Staatskrise herbeigeredet.

Nachdem die Armee durch die Abstimmung vom 26. November 1989 geschädigt worden ist, soll nun durch eine masslose Hetze gegen die Sicherheitsorgane der Erfolg ausgeweitet werden. Deren Arbeit ist durch die vorgesetzten Stellen zu wenig gesteuert worden – wer befasst sich in diesem Lande schon gerne mit diesen Dingen? Auch sind – auch bei der EMD-Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr UNA, deren Chef ich vom 1.7.77 bis 31.3.81 war – Fehler gemacht worden. Die Ausrichtung auf die Bedrohung von Osten war jedoch gerechtfertigt; gemäss sowjetischem Eingeständnis war die konventionelle Überlegenheit des Warschaupakts in hohem Masse vorhanden.

Besser wissen es die eingangs genannten Medien, und bestritten wurde diese überall anerkannte Tatsache durch SP-Parteipräsident Nationalrat Helmut Hubacher schon in der Zeit, da ich die UNA leitete. Die heute z. T. als übertrieben oder überflüssig empfundenen Massnahmen müssen aus der damaligen Zeit heraus verstanden werden. Dass man sich der nun scheinbar weggefallenen «Intention» in den letzten Jahren nicht sofort angepasst hat, ist ein Gebot der Vorsicht, hat sich nun aber als politisch nachteilig erwiesen.

Haltung der FDP

Die Haltung der Freisinnigen Partei, welcher ich seit meinen Jugendjahren angehöre, und vieler ihrer Exponenten macht nicht nur mir Sorge. Eine gewisse Ängstlichkeit ist nicht zu verkennen. Furcht war aber schon immer ein schlechter Berater. Im politischen Kampf dürfen die Freisinnigen, obschon vielerorts zurückhaltend-vornehm, nicht zimperlich sein. Gegenüber Leuten, die uns jahrzehntlang eine Wirtschaftsordnung einerseits und zumindest Toleranz gegenüber einem politischen System andererseits empfohlen haben, das nun kläglich Schiffbruch erlitten hat, wäre eine klare und kräftige Sprache am Platze. Konsequente Streiter wie der durch seine überlegene Sachkunde immer überzeugend wirkende alt Bundesrat Rudolf Friedrich sind leider rar.

Heikle Bereiche

In den dreiviertel Jahren als Unterstabschef Nachrichtendienst und Abwehr habe ich erfahren, was es

in diesem Staate heisst, in heiklen, zum Teil geheimen Bereichen zu operieren, vor allem fehlerlos arbeiten zu wollen. Die Funktion des Unterstabschefs ist ein Kamikaze-Posten, und der ihm als Chef der militärischen Abwehr (vor allem für den Krisen- und Kriegsfall) beigegebene Chef der Bundespolizei (Bupo) mit seiner geringen Zahl von Beamten war für seine zivile Aufgabe damals stark überfordert. Die Bupo war voll auf die Zusammenarbeit mit den Kantonspolizeiorganen angewiesen und konnte sich in der Erfüllung ihrer Aufgabe kaum mehr anders als mit stark ausgebauten Kartotheken behelfen, die sie, alter schweizerischer Unsitte entsprechend, offenbar nicht laufend ausmistierte.

Der Tatbestand der Existenz dieser (altmodischen) Register allein ist aber bereits das rote Tuch für die eingangs erwähnten Enthüllungsspezialisten; es geht um das Prinzip als solches.

Nach dem grossen Schreck über die teilweise übertriebene Fleissarbeit der Bupo müssten sich die bürgerlichen Parteien gelegentlich erholen und der unbeschränkten Tätigkeit von Parlamentarischen Untersuchungskommissionen (PUK) die Grenzen weisen. Wenn sich die PUK II nun – und ohne Druck der Parteien ist dies kaum denkbar – nicht selbst bescheidet, droht beispielsweise dem Auslandnachrichtendienst auf Jahre hinaus schwerer Schaden, und dies in einer Zeit, da man diese Antenne doppelt nötig hätte.

Entschlossene Haltung

Ich hoffe, dass sich aus der März-Nummer des freisinnigen Parteiblattes die klare Bereitschaft herauslesen lässt, den Versuch der Arrangierung einer Staatskrise scheitern zu lassen, und dass man deren Urheber die eigenen Sünden vorrechnet. Wie wäre es mit

dem Slogan: «Wählt keine Parteien und Personen, die aus Eigennutz bereit sind, für ihre Ziele die äussere und innere Sicherheit des Landes aufs Spiel zu setzen?» Und – darüber müsste wohl Einigkeit bestehen – der äusserst fähige und integre Bundesrat Villiger sollte mit aller Macht gestützt und unterstützt werden.

Es ging mir nicht darum, pro domo zu plädieren oder altväterische Gedanken beliebt zu machen. Ich bin aber überzeugt, dass sich auf dem oben behandelten und weiteren Gebieten eine entschlossene Haltung des trotz allen Verunglimpfungen eben doch in hohem Masse staatstragenden Freisinns auf die Dauer bezahlt machen wird. Durch eine flauere und nachgiebige Haltung würde die FDP mehr Stimmen verlieren als retten.

Dr. iur. Richard A. Ochsner
Divisionär ZD

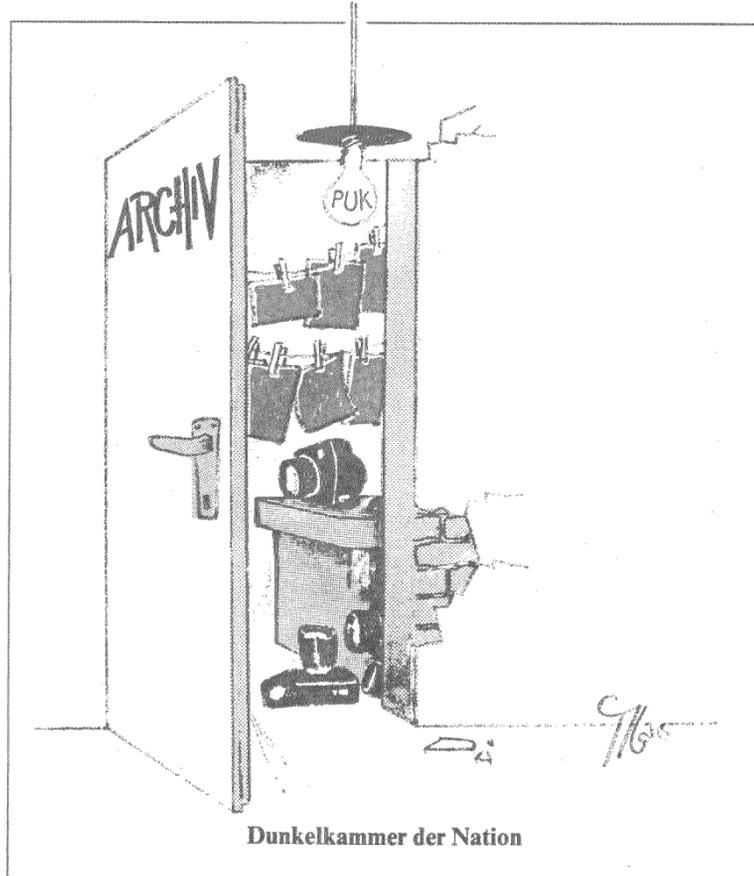
Wo liegt nun wirklich das Malaise?

Zu meinen geschäftlichen Aufgaben gehörten auch Ostreisen, und die seinerzeitige Tätigkeit in einem Industrieunternehmen, das unter anderem auch sensitive Produkte herstellte, musste die Aufmerksamkeit des Staatsschutzes erwecken. Registriert zu sein ist immer etwas unangenehm, auch wenn man ein gutes Gewissen hat. Nicht registriert zu werden hätte ich aber als schlechte Arbeit der Staatsschutzorgane betrachtet, die ja 1951 vom Bundesrat einen noch heute gültigen Auftrag erhalten hatten. Dass auch im Militär entsprechende Vorkehrungen getroffen wurden, hat uns das beruhigende Gefühl gegeben, dass auch die übergeordneten Instanzen ihre Aufgabe erfüllen.

Hexenjagd

Unbegreiflich ist nun aber die Hexenjagd wegen der Fichen. Wenn ich herumhöre, so überwiegt doch beim Volk die Meinung, dass in jedem Land Staatsschutz notwendig sei. Selbstverständlich professionell und laufend der Art und Intensität der Bedrohung angepasst, aber langfristig ausgerichtet. Mit Schnüffelei hat das nichts zu tun; dass die Aufgabe aber nicht leicht und angenehm ist, liegt auf der Hand.

Kopfschüttelnd nimmt man nun die absolut einseitige, Objektivität vermissende Darstellung im Mo-



Dunkelkammer der Nation

nopolfernsehen und anderen Massenmedien zur Kenntnis. Diese haben zusammen mit linken und grünen Parteien heute auch auf anderen Gebieten die Initiative (aber nicht die Verantwortung) in der Hand.

Erwartungen

Was erwarten wir denn von unserer Regierung, den gewählten Politikern und den Parteien? Vorausschauende, das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheidende Führung im Sinne der langfristigen Erhaltung unseres Staatswesens in der bewährten Form.

Das laute Geschrei wegen der Fichen, die pauschale Kritik an der Armee geben eher den Eindruck, dass man die eigenen Fehler überdecken will und sich mangels klarer Ziele genüsslich in Details verliert. Ist diese Kritik zu hart? Erinnern wir uns aber immerhin daran, dass unwichtige, aber jedem Parlamentarier vertraute Dinge zu endlosen Debatten führen, dafür aber weder der Zeitplan eingehalten wird (= Führungsschwäche) noch eine Konzentration aufs Wesentliche stattfindet. Es sieht aus wie in einem schlecht geführten Unternehmen.

F/A-18-Diskussion

Ein Beispiel dafür ist die Diskussion um den Kauf des Kampfflugzeuges F/A-18. Ersatz für die im Lieferzeitpunkt 25jährige Mirage. Geplant für eine Lebensdauer bis etwa im Jahr 2015 und somit im Jahre 2005 voll kampftauglich und modern. Wer kann heute die dannzumalige Situation voraussagen?

Der F/A-18 sei zu teuer, sagen die selbsternannten Experten. «Das Billigste ist das Teuerste», sagte meine Grossmutter. Haben wir denn vergessen, dass 1940 unsere billigen, veralteten C 35 wie lahme Enten abgeschossen wurden, während unsere teuren Me 109 eine Reihe deutscher Me 109/Me 110/HE 111 abschossen? Was ist nun «billiger»?

Windfahnenpolitiker sind bei uns nicht gefragt, und der Bürger bringt kein Verständnis dafür auf, wenn bürgerliche Politiker destruktiven Kräften das Feld überlassen. Die Schweiz steht vor grossen Aufgaben und Bewährungsproben. Von Legislative und Exekutive auf allen Stufen erwartet der Bürger eine Konzentration auf das Wesentliche, Bereitschaft zum Konsens und eine klare Führung.

Arthur Vetterli, Cortaillod

Stellungnahmen der FDP

Befremden

(sfp) Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ist bestürzt darüber, dass in der Bundesanwaltschaft noch weitere Karteien und Listen gefunden wurden. Die FDP schliesst daraus auf eine noch immer mangelhafte Einschätzung der Bedeutung der Vorgänge bei den verantwortlichen Personen.

Die FDP geht davon aus, dass es Massnahmen zum Schutz unserer verfassungsmässigen Ordnung und zur Abwehr des organisierten Verbrechens braucht, namentlich gegen Drogenhandel und Terrorismus.

Die FDP fordert vom Bund, dass er schnell klare Richtlinien schafft, die einen zeitgemässen und wirkungsvollen Staatsschutz garantieren. 16. 2. 1990

Klare gesetzliche Grundlagen

(sfp) Der Delegiertenrat der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) anerkannte die Bemühungen von Bundespräsident Arnold Koller und Bundesrat Kaspar Villiger um offene Information. Der FDP-Delegiertenrat ist der Meinung, dass die Vorgänge um die Karteienfunde im EJPD und im EMD durch das Parlament lückenlos kontrolliert werden müssen.

Die freisinnigen Delegierten gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, dass ein guter Staatsschutz zum Schutz der verfassungsmässigen Ordnung, zur Bekämpfung des Drogenhandels, der Spionage und des internationalen Terrorismus nötig bleibt. Dafür sollten klare gesetzliche Grundlagen mit Einbezug der Individualrechte geschaffen werden.

Die Delegierten fordern die Trennung der Funktionen von Bundesanwalt und Chef der Bundespolizei. Die Vernichtung der überflüssigen Dossiers unter Beizug eines Ombudsmannes soll nach Ansicht des FDP-Delegiertenrates rasch erfolgen. 17. 2. 1990

Motion der FDP-Fraktion

(sfp) Die Fraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) hat den Bundesrat in einer Motion beauftragt, dem Parlament so rasch als möglich Botschaft und Entwurf für ein Gesetz über den Staatsschutz zu unterbreiten. Nach Meinung der FDP-Fraktion muss das Gesetz folgende Punkte regeln und festschreiben:

- die Aufgabe des Staatsschutzes und dessen Begrenzung,
- die Verantwortlichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen,

- Beschaffung, Auswertung, Weitergabe, Aufbewahrung und Vernichtung der Daten,
- die Wahrung der individuellen Freiheitsrechte und der demokratischen Grundrechte,
- Akteneinsichtsrecht und Schutz vor Datenmissbrauch unter Wahrung der Sicherheitsbedürfnisse des Staates,
- parlamentarische Kontrolle.

23. 2. 1990

Bewusste Desinformation

(sfp) Zu den sogenannten Enthüllungen der letzten Tage rund um das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) hält die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) folgendes fest:

Die unter dem Schlagwort «Geheimarmee» verbreiteten sogenannten Enthüllungen haben einer offiziellen Doktrin der schweizerischen Sicherheitspolitik entsprechen und sind öffentlich bekannt.

Sind schon die Überlegungen einer eventuellen Evakuierung der Landesregierung reichlich abenteuerlich, so ist die Behauptung, man hätte die sozialdemokratischen Bundesräte davon ausgeschlossen, geradezu absurd. Gemäss den Erkenntnissen der FDP handelt es sich dabei um eine bewusste Desinformation der Öffentlichkeit. 2. 3. 1990

Zu den Ausschreitungen der Schnüffelstaatsdemo

(sfp) Von den beängstigenden Ausschreitungen der Schnüffelstaatsdemo am 3. März 1990 in Bern hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) mit Bestürzung Kenntnis genommen.

Nur mit einem funktionierenden Staatsschutz ist es nach Auffassung der FDP möglich, der Urheber der im Gefolge von politischen Demonstrationen zu beobachtenden Angriffe auf die Demokratie habhaft zu werden. Die von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) angeführte Demonstration verlangte aber just die Aufhebung der Bundespolizei und damit der notwendigen präventiven Möglichkeiten. 4. 3. 1990

Zustimmung

(sfp) Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) unterstützt die Verordnung über Staatsschutzakten, die der Bundesrat erlassen hat. Insbesondere die Sicherstellung der Staatsschutzkarteien und Dossiers der Bundespolizei durch einen Sonderbeauftragten entspricht einer Forderung der FDP. 5. 3. 1990


Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

Partnerschaft, die Werte schafft.



Zum Beispiel in Zürich-Höngg: Die neueste Kernzonen-Überbauung «Höngger Markt» für den Immobilienfonds SIP, Société Internationale de Placements, und die Stiftung Tres Claves des SBV.

Als Frutiger Generalunternehmung mit selbständigen Niederlassungen in Thun, Bern und Zürich sowie Zweigniederlassungen in Luzern und St. Gallen gehören wir zur alteingesessenen, organisch gewachsenen Frutiger Unternehmens-

gruppe mit Hauptsitz in Thun. Unser Know-how und die jahrelange Erfahrung im gesamten Bau- und Immobilienbereich kann auch für Sie die ideale Lösung sein. Statt unzählige Verträge auszuhandeln, gehen Sie mit uns eine einzige

Partnerschaft ein, die auf Vertrauen, Flexibilität und Auftrags-treue beruht. Unser umfassendes Leistungsangebot, das Qualität, Termine und Kosten garantiert, führt zu optimalen Anlagen von bleibendem Wert. Auch für Sie!



Frutiger Generalunternehmung AG

Seefeldstrasse 8
3602 Thun
Telefon 033 21 44 44

Effingerstrasse 13
3011 Bern
Telefon 031 26 11 06

Heinrichstrasse 216
8005 Zürich
Telefon 01 272 30 36

Gerliswilstrasse 44
6020 Emmenbrücke
Telefon 041 55 76 76

Obere Büschenstrasse 4
9000 St. Gallen
Telefon 071 23 33 90

Interessante Berufslehren

Warum eine textile Ausbildung wählen?

- Berufsleute mit einer textilen Ausbildung sind gefragt.
- Die Einsatzgebiete sind interessant.
- An höheren Fachschulen bestehen verschiedene Weiterbildungsmöglichkeiten.



Die Firma Habis Textil AG, eine Buntweberei mit Bleicherei, Färberei, Druckerei und Hochveredlung, bietet folgende Ausbildungsmöglichkeiten:

**Kaufleute
Textilrentwerfer(in)
Textilassistent(in)**

**Textilmechaniker
Textilveredler
Elektromonteur**

Es besteht die Möglichkeit einer Schnupperlehre. Die Personalabteilung gibt interessierten Jugendlichen gerne Auskunft.

Habis Textil AG, 9230 Flawil, Telefon (071) 83 10 11.

Unsere Produkte sind

**Ideen
Qualität
Nutzwerte
Freude
Sicherheit**

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Tel. 01/316 13 00, Fax 01/316 13 94



SEMPERIT Gummitechnik

Als führender europäischer Produzent sind wir auf innovative Gummiprodukte spezialisiert:

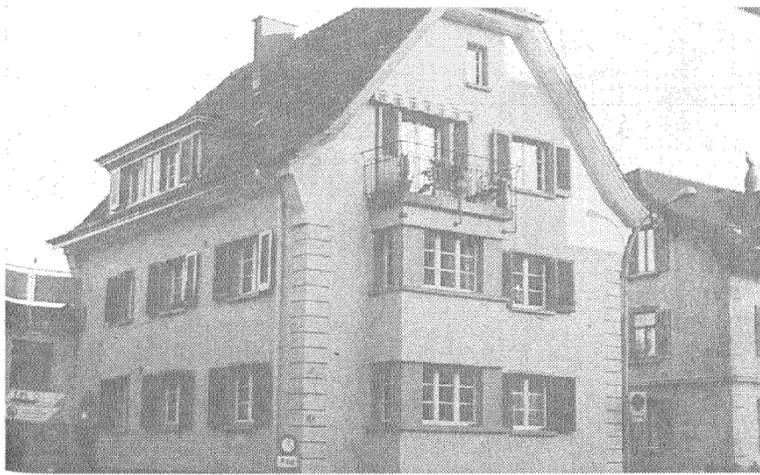
- Gummidichtungsprofile und Gummiformartikel
- Gummipress- und Dichtungsplatten
- Produkte für die Eisenbahn, Seilbahn- und Verkehrstechnik
- Verschleisschutzprodukte
- Spezialschläuche für chemische und abrasive Medien
- HD-Hydraulikschläuche mit Stahleinlagen
- Operations-, Untersuchungs- und Arbeitshandschuhe

Unsere Beratung ist **direkt, sachlich und kompetent!**

Qualitätssicherung nach internationalen Normen!

Semperit Technische Produkte AG

CH-8953 Dietikon/ZH, Lerzenstrasse 19
Postfach 268, Tel. 01/740 29 39, Fax 01/740 31 51



Liegenschaft der Liberalen Baugenossenschaft an der Grossfeldstrasse 3 in 6010 Kriens.

25 Jahre Verband liberaler Baugenossenschaften

Für preisgünstigen Wohnungsbau

Der Verband liberaler Baugenossenschaften (VLB) feiert am kommenden 6./7. April 1990 an seiner Geburtsstätte in Kriens den 25. Geburtstag.

Iwan Felber, Ressortchef Medien, stellt die Jubiläumsfeierlichkeiten und den Verband vor. Der nach wie vor unter der Leitung des damaligen Gründungspräsidenten Dr. Alex Wili, Kriens, stehende Verband und dessen Vorstand haben für die Jubiläumsfeierlichkeiten die entsprechenden Vorbereitungen getroffen. Der hierfür bestimmte Ausschuss wird für würdige Erinnerungen bürgen. Die für die Durchführung des Jubiläums notwendigen Kredite wurden ebenfalls zur Verfügung gestellt.

Zur Eröffnung des Jubiläums treffen sich der Vorstand und die Vorstandsmitglieder der Tochterinstitutionen am Freitag,

dem 6. April 1990, auf Schloss Schauensee in Kriens zu ordentlichen Sitzungen und anschliessendem Nachtessen. Die Jubiläumsdelegiertenversammlung, zu welcher nebst den gegen 300 Verbandsge-nossenschaftsdelegierten auch Gäste aus eidgenössischen und kantonalen Behörden, Politik und Wirtschaft eingeladen wurden, findet

Kontakt

Seit 1989 verfügt der VLB über ein eigenes Sekretariat an folgender Adresse: **Verband Liberaler Baugenossenschaften, Sekretariat, Grossfeldstrasse 3, 6010 Kriens, Telefon (041) 41 00 50.** Die Verbandssekretärin, Beatrice Brändle, ist gerne bereit, Anfragen zu beantworten oder sie an die richtige Adresse weiterzuleiten. Fragen betreffend die Gründung neuer Genossenschaften beantwortet der Präsident, Dr. Alexander Wili, Tel. (041) 41 39 95, persönlich.

am Samstag, dem 7. April 1990, im Hotel Pilatus in Kriens statt.

Im Anschluss an die statutarischen Geschäfte wird sich **Nationalrat Franz Steinegger, Parteipräsident FDP Schweiz, Flüelen**, in seiner Jubiläumsansprache an die Delegierten und Gäste wenden. Nach einem gemeinsamen Mittagessen werden Überraschungen und Unterhaltungen auf dem Programm stehen, das um zirka 17 Uhr durch Fanfarenklänge beendet wird.

Zweck

Der Verband liberaler Baugenossenschaften (VLB) wurde 1965 gegründet und hat zum Zweck, den preisgünstigen und gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Im Verband sind sowohl traditionelle Mietergenossenschaften wie auch solche zur Förderung des Wohneigentums vereinigt. Gegenwärtig gehören dem VLB 156 Verbandsmitglieder an, die über 6286 Genossenschaftswohnungen verfügen und 9364 Genossenschaftsmitglieder ausweisen. Der Verbands-

vorstand setzt sich aus zwölf Mitgliedern zusammen, die ein entsprechendes Ressort betreuen und sich aus dem gesamten Verbandsgebiet rekrutieren. Der VLB ist gegenwärtig in zwölf Kantonen durch die Mitgliedgenossenschaften tätig.

Sechs Tochterorganisationen

Im Bestreben, die Verbandstätigkeit wirksam zu verteilen, wurden bisher sechs Tochterorganisationen gegründet. Die Stiftung Fonds de roulement, die Verlagsgenossenschaft **FREIES WOHNEN**, die Hypothekbürgschaftsgenossenschaft, die Depositenkasse, die Genossenschaft Wohneigentumhilfe und die Stiftung für die Sicherstellung von Immobilien für gemeinnützige Bauträger erledigen Teilaspekte des Verbandsgeschehens selbständig. Dazu bestehen selbständige Kommissionen, z. B. die Seminarkommission, die für die Durchführung von Seminaren und Bildungsveranstaltungen im Rahmen der Verbandsmitglieder verantwortlich ist.

Dienstleistungen

Als zentrale Dienstleistungen des VLB seien unter anderem erwähnt:

- Rechtsberatung und Mithilfe bei der Gründung neuer Genossenschaften,
- Mitarbeit bei der Gesetzgebung über Wohnungsbau, Mietrecht und Planungsrecht,
- Ausarbeitung von Richtlinien für den Wohnungsbau,

VLB und FDP – eine effiziente Zusammenarbeit

Die Genossenschaft ist Teil des Spektrums liberaler Politik. Mit der Bewältigung wesentlicher sozialer Aufgaben liefert sie den Beweis für die weitreichenden Möglichkeiten wirtschaftlicher Aktivitäten – ohne staatliche Interventionen.

Um der Bedeutung der Mitgliedgenossenschaften im sozialen Wohnungsbau auch auf politischer Ebene – insbesondere auf Grund der oft tiefgreifenden Auswirkungen von diesbezüglichen Gesetzesänderungen – mehr Nachdruck zu verleihen, hat sich der VLB der Freisinnig-Demokratischen Partei FDP angeschlossen. Einerseits konnte der VLB dank dieser Verbindung schon mehrmals mithelfen, Gesetzesvorschläge zu verbessern, so unter anderem das von Bundesrat Ernst Brugger initiierte eidgenössische Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz **WEG**. Andererseits unterstützt und fördert die FDP die Bestrebungen und Aktivitäten des VLB und trägt damit wesentlich zur weiteren gesamtschweizerischen Verbreitung genossenschaftlicher Bautätigkeit bei.

Das bedeutet jedoch nicht, dass der VLB ausschliesslich Mitglieder aus den Kreisen der FDP aufnimmt. Zu seinen Mitgliedern zählen ebenso Genossenschaften, die sich mehrheitlich aus Angehörigen anderer Parteien zusammensetzen. Das entspricht der liberalen Haltung des VLB. Er ist für alle Mitglieder Garant einer bürgerlichen und sozialen Wohnbaupolitik.

FDP-Parteitag

Im Zeichen von Europa

Am 27./28. April 1990 findet in Glarus der Parteitag der FDP der Schweiz statt. Er steht ganz im Zeichen von Europa. Reservieren Sie sich das Datum!

- Gewährung zinsgünstiger Darlehen für gemeinnützige Bauträger,
- Förderung der Freizügigkeit zwischen den Genossenschaften,
- Erfahrungsaustausch durch Verbandszeitung, Tagungen und Besichtigungen. Die Genossenschafter befürworten viele liberale Genossenschaften, die ihre Tätigkeit möglichst auf das eigene Gemeindegebiet oder auf ein Quartier konzentrieren und von einheimischen Kräf-

ten geleitet werden. Es ist unser Ziel, dass gesamtschweizerisch in jeder Gemeinde eine Liberale Baugenossenschaft entsteht. Der Beitritt zum Verband kostet mit Ausnahme, der Zeichnung eines Anteilscheins von 1000 Franken, der in der Regel zu 5 Prozent verzinst wird, nichts. Vielmehr stehen den Genossenschaftsmitgliedern umfangreiche Dokumentationen, wie beispielsweise das neue Handbuch «Checkliste für Baukommissionen», zur Verfügung.

Fortsetzung von Seite 1

Ich gestehe durchaus, dass die Politiker hier mehr hätten tun können, um den Staatsschutz konsequenter auf die eigentliche Aufgabe auszurichten.

Die Fehler sollen nicht heruntergespielt, sie dürfen aber auch nicht hochgespielt werden. Die grundsätzliche Frage muss bedacht werden, die Angelegenheit darf jedoch nicht zur Sensation verkommen oder zum parteitaktischen Spiel, das allzu offensichtlich bereits auf das Wahljahr 1991 ausgerichtet ist.

Prävention notwendig

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) geht davon aus, dass es Massnahmen zum Schutz unserer verfassungsmässigen Ordnung und zur Abwehr des organisierten Verbrechens (Terrorismus, Spionage, Wirtschaftsdelikte usw.) braucht. Auch die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) hat übrigens keinen Zweifel an der Notwendigkeit der politischen Polizei offen gelassen (siehe PUK-Bericht Seiten 154 und 165).

Die grösste Gefahr, dass der Demokratieschutz die Politik zu durchwuchern beginnt, sind immer Vorgänge, wo die Grenzen zwi-

schen Politik einerseits und gewalttätigen und ungesetzlichen Aktionen andererseits verwischt werden. Demokratieschutz und Kampf gegen das organisierte Verbrechen sind aber auf eine präventive polizeiliche Tätigkeit angewiesen. Es geht nicht ohne eine präventive Erfassung von Vorgängen im Vorfeld strafbarer Handlungen, die allenfalls erst zu einem späteren Zeitpunkt – in Kombination mit weiteren Erkenntnissen – relevant werden können.

Das eigentliche Problem

Dies führt notwendigerweise dazu, dass der Kreis der beobachteten Personen und Organisationen weit gezogen werden muss. Ebenso ist es unvermeidlich, dass auch Dritte erfasst werden, die völlig unbeteiligt sind und es auch bleiben.

Das eigentliche Problem besteht nun darin, dass sichergestellt werden muss, dass derart allgemein gesammelte Erkenntnisse nicht zum Nachteil der Betroffenen ausgenutzt werden. Erst wenn ein konkreter Tatverdacht besteht, dürfen diese Erkenntnisse für irgendwelche Massnahmen oder Entscheide verwendet werden. Es ist deshalb eine dringende Aufgabe, dass in der künftigen Organisation dieser Schnittstelle eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Der ist nicht wert des Weines, der ihn wie Wasser trinkt

Bodensted

Viel Liebe und Sorgfalt steckt in jedem Tropfen Wein. Die harte Arbeit des Weinbauern und die unumschränkte Sorgfalt des Kellermeisters drücken jeder Flasche guten Weines den unverkennbaren Stempel auf. Drum ist es wirklich schade, wenn ihn jemand wie Wasser trinkt.

Zum Glück aber gibt es weitaus mehr echte Weinfreunde, die den guten Tropfen sehr zu schätzen wissen. Und all jenen gilt unsere Arbeit für den Wein, die durch langjährige Erfahrung geprägt ist. Seit fast 300 Jahren beschäftigt sich unser Haus mit der Pflege der Weine, und von Generation zu Generation wird das liebevolle Verständnis für dieses herrliche Naturgut weitergegeben.

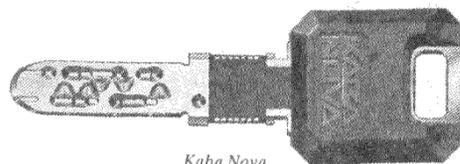
Rufen Sie uns an, Telefon (043) 24 33 33, oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wiibüechli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

**St. Jakobskellerei
Schuler & Cie. AG
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen (Schwyz)**



**SCHULER-WEINE
ST JAKOBSKELLEREI**
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

MIT BAUER KABA SCHLIESST EIN GUTES MANAGEMENT ERFOLGREICH AB.



Kaba Nova.

Das praxiserprobte, mechanisch-elektronische Schliesssystem.

Von Bauer Kaba.

Fordern Sie zum Kennenlernen die Kaba Nova-Videokassette oder den Prospekt an: Telefon 01/931 61 11.

FEDERN

**In jeder Grösse
Für jede Verwendung**

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Rütli
Tel. 055/84 11 11

BAUMANN



Wo heizt der Rhein Wohnungen?

In Birsfelden. Denn seit kurzem wird das Kühlwasser aus dem Flusskraftwerk Birsfelden einer Alternativ-Energieanlage zugeführt. Mit der dadurch nutzbar gemachten Abwärme werden 1200 Wohnungen geheizt und jährlich 2300 t Heizöl eingespart. Das freut uns besonders, weil Sulzer an der Entwicklung der Wärmeversorgungsanlage massgeblich beteiligt war und die Sulzer-Filiale Basel für Planung und Ausführung verantwortlich zeichnete.

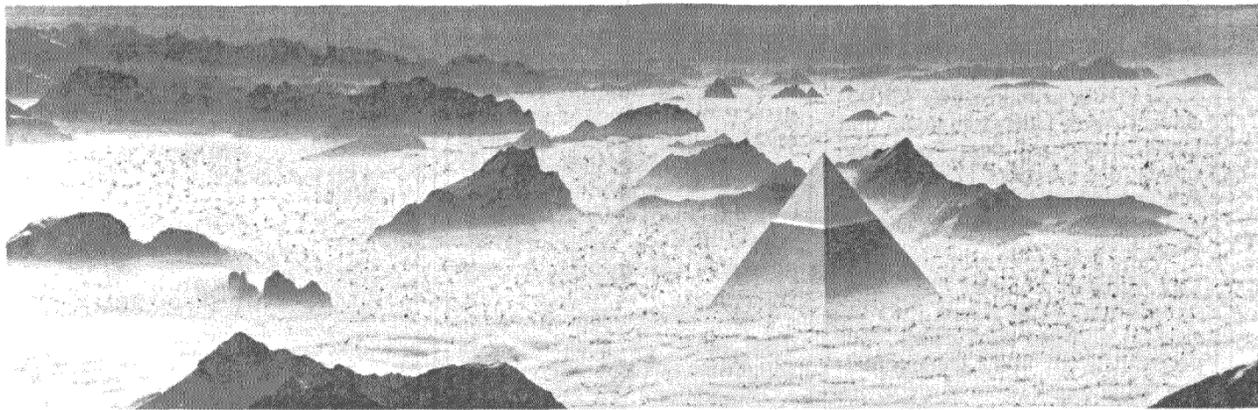
In irgendeiner Form können wir auch Ihnen nützlich sein. Ob mit unserer Forschungstätigkeit, unseren Produkten, unseren Installationen oder unseren Arbeitsplätzen.

SULZER

Wir dienen vielen. Mit vielem.

K 53

SKA-Anlage-Service plus[®]



Überblick. Mit dem SKA-Anlage-Service plus.

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom «SKA-Anlage-Service plus» Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DANK BESSERER INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick verschaffen wir Ihnen z.B. dank unseren weltweiten direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen – zu den Spezialisten an allen Börsen im In- und Ausland sowie zu den renommierten Gruppen und Partnergesellschaften der SKA.

Mehr Überblick verschafft Ihnen aber auch unser dynamisches Management, unsere aufs modernste ausgebaute elektronische

Infrastruktur, z.B. mit dem computergesteuerten Anlage-Informationssystem (AIS), und selbstverständlich auch Ihr persönlicher SKA-Anlage-Berater.

Sie treffen Ihre Entscheidung auf der Basis von fundierten und umfassenden Informationen. Damit Sie den Überblick behalten.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA



FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger: «Beim Staatsschutz geht es nicht um den Schutz der aktuellen politischen Machtverhältnisse.»



Die Parolen werden gefasst.



Strapazen einer Delegiertenversammlung. «Deshalb beantrage ich...»

Ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP

Parolen und Fichen

Die Parolenfassung für die Abstimmungsvorlagen vom 1. April 1990 war das eigentliche Ziel der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) in Bern. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit aber rückten die Reden von FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger und Bundesrat Kaspar Villiger, die sich beide zu den Fichenfunden in verschiedenen Departementen äusserten.

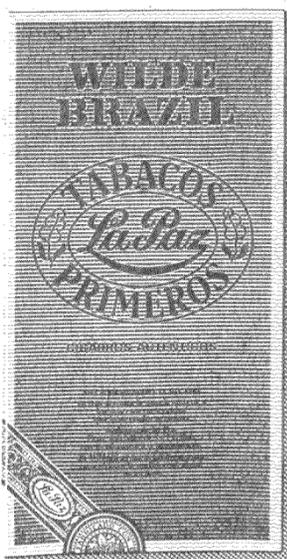


Bundesrat Kaspar Villiger: «Ein Sturm des Misstrauens rast über das Land.»



Unter der Leitung des Bundeshausjournalisten Martin Schläpfer (Mitte) diskutierten Nationalrat Philippe Pidoux (FDP/VD), Ständerat Bruno Hunziker (FDP/AG), Laurent Rebeaud (GPS/GE) und Hans-Kaspar Schiesser (Sekretär VCS) die vier Verkehrsvorlagen.

Das Feuerbüschel von La Paz.



Die Geschmacksharmonie mit dem leicht süsslichen Aroma der tropisch warmen Natur. Aus wertvollen Brasil-Tabaken und einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Ohne Retusche. Das ist die authentische Wilde Brazil von La Paz. Mit dem feurigen Charakter. So, wie Brasil-Cigarren sein sollen.

Weil in Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Geschmacks entwickelt, ist sie trotzdem erstaunlich mild im Rauch.

Eben Wilde Brazil aus echtem Brasil. Brasil-Raucher schätzen das.



Ja zum Rebbaubeschluss

Kontingentierung im allgemeinen Interesse

Der Bundesbeschluss über den Rebbau vom 23. Juni 1989 ist der vierte dieser Art. Er vervollständigt die rechtlichen Grundlagen über den Rebbau im Landwirtschaftsgesetz und die Bestimmungen der Verordnung, des Weinstatuts. Dieser Zusatz wurde 1958 nötig, um das wilde Anpflanzen der Reben zu verbieten. FDP-Nationalrat André Perey (VD) erläutert.

Der Bundesbeschluss wurde in den Monaten März und Juni 1989 in den eidgenössischen Räten behandelt. Der Entwurf des Bundesrates ist weder in der Kommission noch während der Plenumsdiskussion auf nennenswerten Widerstand gestossen. Das Resultat: 70 gegen 38 Stimmen im Nationalrat und Einstimmigkeit im Ständerat.

In diesem Zusammenhang gesehen ist das Referendum, lanciert von einer Gruppe von Parlamentariern, überraschend. Die Unterstützung der Firma Denner hat zum Resultat des Referendums, 62 000 Unterschriften, entscheidend beigetragen. Hat doch Denner den Personen, welche Unterschriften gesammelt haben – sie sind speziell ausgebildet und angestellt worden für diese Art von Arbeit! –, einen Stundenlohn von Fr. 19.50 und einen Franken pro Unterschrift bezahlt.

Das Referendumskomitee begründet seine Opposition zum Bundesbeschluss vor allem mit den Einfuhrproblemen. Im Grunde ist es nicht das System der im Bundesbeschluss vorgesehenen Versteigerung, das sie bekämpfen, aber die allgemeine Reglementierung der Einfuhren. Diese hängen jedoch nicht von diesem Bundesbeschluss ab, sondern vom Landwirtschaftsgesetz und dem Weinstatut.

Ergänzend wurden gewisse Kritiken an den Massnahmen zur Förderung der Qualität und zur Weinmarktordnung geübt. Diese Argu-

Pro

mentation ist nicht berechtigt, weil sie den Besonderheiten des schweizerischen Weinbaus überhaupt nicht Rechnung trägt.

Die Gründe, welche vom Referendumskomitee gegen den Bundesbeschluss angeführt werden, dienen dazu, die Interessen Einzelner auf Kosten der allgemeinen Interessen zu verteidigen. Es ist unwichtig, dass sich die Bürger nicht von neuem von gewissen Kreisen täuschen lassen, die die Möglichkeit unserer Weinproduktion einschränken möchten, um zu ihren Gunsten die Landesgrenzen noch mehr zu öffnen. Im internationalen Kontext gesehen ist es wichtig, dass wir unseren Weinbau nicht in eine Position der Schwäche manövrieren, indem wir ihm im Vergleich zu anderen Ländern immer strengere Regeln auferlegen. Der Bundesbeschluss ist ausgeglichen, ziehen wir die allgemeinen Interessen denjenigen einiger weniger vor, und sagen wir klar Ja am nächsten 1. April.

den Weinproduzenten zugute kommen sollen. Es richtet sich primär gegen die bisherige Kontingentsordnung, in minderer Masse auch gegen die Qualitätsvorschriften. Diese sind selbst bei den Weinbauern umstritten – nicht weil sie zu weit gehen, im Gegenteil, weil sie ungenügend seien. Statt grosser Mengen und Überschüssen sollte vermehrt besserer Wein produziert werden. Zahlreiche Weinbauern haben dies erkannt, die Erträge vermindert, aber die Qualität schon längst über die staatliche Messlatte hinausgehoben.

Der Konsument ist nämlich durchaus bereit, für einen guten Tropfen aus Schweizer Reben mehr zu bezahlen. Keinem anderen Landwirtschaftsprodukt kommt der helvetische Patriotismus derart zugute wie dem Wein. Schliesslich ist dieser nicht nur ein Produkt; er ist eine Kultur, und das Trinken, wie ein Ständerat sagte, nicht nur ein Genuss, sondern auch ein ritueller Brauch.

Nicht umstritten ist, dass der Schweizer Weinbau Schutz vor ausländischer Konkurrenz benötigt und deshalb die Einfuhr nicht freigegeben werden kann. Entschieden bestritten wird jedoch die seit 1933 bestehende Kontingentsregelung. Diese kommt nicht dem Weinbauer zugute, sondern in erster Linie einem Teil des Handels.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Massnahmen gegen das Ausland sicherte der Bundesrat in jenem Krisenjahr bestimmten Firmen und Privatpersonen Kontingente an Weinimportmengen zu. Und bei dieser einmal beschlossenen Regelung ist es grosso modo geblieben – einer Regelung, die schon 1984 von der Kartellkommission deutlich in Frage gestellt wurde. Sie führt gemäss einer nicht bestrittenen Studie von 1986 jährlich zu

arbeitslosen Einkommen von rund hundert Millionen Franken. Diese müssen von den Konsumenten auf den Tisch geblättert werden. In den bald sechzig Jahren sind nämlich jene Weinhändler nicht nur gestorben, sie handeln teilweise gar nicht mehr mit Wein, sondern mit vererbten Kontingenten. Diese verkaufen sie anderen Weinhändlern – telefonisch. Das ist zwar nach Gesetz nicht erlaubt, aber weil der Einkauf formell auf den Namen des Kontingentsinhabers erfolgt, auch nicht überprüfbar.

«Die Einzelkontingente werden den Importeuren... nach ihren bisherigen Einfuhren auf Grund der im Rahmen der Landeskontingente gegebenen Bewilligungen zugeteilt», heisst es in Art. 19 des Weinstatuts. Wer also 1933 dabei war, ist es – zusammen mit einigen neu hinzugekommenen – auch heute noch. Den Neuen, die ihre Umsätze stark zu steigern vermochten, blieb nichts anderes übrig – und bleibt vorläufig –, als bei den privilegierten Kontingentsinhabern Einfuhrquoten zu kaufen.

Zwar sieht der RBB in einer Kann-Formel vor, dass alle vier Jahre 5 bis 15 Prozent der Einzelkontingente versteigert werden können. Hier einzusteigen, haben aber neue junge Weinhändler kaum eine Chance. De facto soll also das antiquierte und offensichtlich ungerechte System auf weitere zehn Jahre zementiert werden. Kostenpunkt: rund eine Milliarde Franken.

Zu schaffen ist demgegenüber ein in vertretbarem Rahmen liberalisiertes Importsystem. Beispielsweise durch das Leistungssystem: Gemäss diesem sollen die Importeure zwar frei sein, der Importeur aber verpflichtet werden, eine analoge Menge von Inlandwein zu über-

Einladung

Wir freuen uns, Sie zu einer Veranstaltung über

Asylpolitik – ein Thema, das uns alle angeht

auf Mittwoch, den 21. März 1990, 19.30 Uhr, ins Casino der Stadt Zug, Artherstrasse 2. einzuladen.

Der Delegierte für das Flüchtlingswesen, Peter Arbenz, Bern, wird uns umfassend über die Asylpolitik und -praxis informieren.

Wir sind überzeugt, dass dieser Abend dazu beiträgt, einerseits Vorurteile abzubauen, andererseits aber auch die Grenzen der Möglichkeiten eines kleinen Landes aufzuzeigen, bei den weltweiten Bewegungen von Flüchtlingen/Asylanten echte und richtige Hilfe zu leisten.

Die Schweizerische Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen schliesst sich angesichts der Bedeutung des Themas für diesen Abend mit uns zusammen. Wir hoffen, dass wir möglichst viele Frauen und Männer in Zug begrüßen dürfen.

Freisinnige Frauengruppe des Kt. Zug
Schweiz. Vereinigung Freisinniger Frauen

nehmen. Zum vorliegenden RBB ist auch aus liberaler Sicht das Nein angebracht. Die Verwaltung hat Gelegenheit, nach dem Nein des Volkes ein besseres Kontingentsystem zu unterbreiten, das die offensichtlichen Mängel des heutigen beseitigt.

Nein zum Rebbaubeschluss

Kontingentsystem mit Mängeln

Das politisch Unerfreuliche sei vorweggenommen: Wir vom Referendumskomitee müssen den Vorwurf in Kauf nehmen, wir hätten zu spät reagiert, meint FDP-Nationalrat Dr. Felix Auer (BL).

Was am Rebbaubeschluss (RBB) zu beanstanden ist – die höchst problematische, ja skandalöse Kontingentszuteilung bei den Weinimporten –, hätte früher gesagt werden müssen: nämlich in den vorberatenden Kommissionen und bei den Beratungen im Plenum, und nicht erst mit einem verbalen Tadel unmittelbar vor der Schlussabstimmung.

Weshalb so spät? Ein Milizparlamentarier kann sich unmöglich mit allen Geschäften befassen. Er muss sich darauf verlassen, dass die vorberatenden Kommissionen Kritisches aufgreifen.

Dies ist beim RBB, wenigstens was die Kontingente betrifft, nicht

oder nur oberflächlich geschehen. Ganz andere Probleme, vor allem unterschiedliche Qualitäten des Schweizer Weins, Bewilligungen,

Contra

Kontrollen und Zonen, Sortenverzeichnisse, Frostschäden, Zuckergehalt und Öchslegrade, der Unterschied von Wein und Most sowie tunlichst biologisch-dynamischer und ökologischer Anbau bewegten die Votanten.

Klargestellt sei: unser Referendum richtet sich nicht gegen die verschiedenen Massnahmen, die



Wir handeln aus Erfahrung – bärenstark.

100 Jahre Tradition schaffen eine Erfahrung, die sich bei der Bank Julius Bär rund um die Uhr bewährt: beim Handel in Devisen und Edelmetallen oder beim Terminhandel, bei Financial Futures und Optionen. Mit den wichtigsten Finanzplätzen der Welt sind wir jederzeit verbunden. Und immer für Sie da.

JBcoB

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

1990

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 71
Genf · Frankfurt · München · Mailand · London · New York · San Francisco
Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio

FDP-Jahresbericht

Schon jetzt können Sie den Jahresbericht 89/90 der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) bestellen. Er erscheint Mitte April 1990 und ist gratis. Sie finden darin die Arbeit der FDP der Schweiz und der FDP-Fraktion der Bundesversammlung ausführlich beschrieben. Ausserdem enthält der Jahresbericht eine Übersicht über die Wahlen in den Kantonen.

Bitte senden Sie mir den FDP-Jahresbericht 1989/90:

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Talon einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.